

Hochschule München

Studium Generale

Flucht: Eine Herausforderung für Individuum und Gesellschaft

Marlene Tworek

Portfolio

Ablieferungstermin: 10.07.2025

Name des Verfassers/der Verfasserin: Jonas Heinze

E-Mail-Adresse: jheinze@hm.edu

Matrikelnr.: xxxxxxxxx

Inhalt

1. Erkenntniszusammenfassung aus Recherche (Arbeitsblatt Sitzung 4: Afghanistan) ...	3
2. Welche Neuerungen plant die neue Regierung laut Koalitionsvertrag im Hinblick auf Geflüchtete? Diskutieren Sie eine Maßnahme.	5
3. Diskutieren Sie, wie sich eine restriktive Migrationspolitik auf Integrationswillen und Integrationsfähigkeit auswirkt.	9
4. Reflektionspapier.....	11
a. Welchen Einfluss hat das Seminar auf die Wahrnehmung des öffentlichen Diskurses?	11
Quellen:.....	16

1. Erkenntniszusammenfassung aus Recherche (Arbeitsblatt Sitzung 4: Afghanistan)

Dass die menschenrechtliche Situation in Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban katastrophal ist, war für mich wenig überraschend. Denn mir war bereits bekannt, dass die Pressefreiheit massiv eingeschränkt ist und unabhängige Journalist*innen verfolgt oder bedroht werden. Frauen und Mädchen wird der Zugang zu Bildung oder Arbeit weitestgehend verwehrt und sie unterliegen strengen Bedeckungsvorschriften, damit die Taliban „Herrschaft über alle Aspekte ihrer Mobilität, ihres Verhaltens und ihrer Handlungen [erlangen].“ (BAMF, 2025, S.31, Z.27-28). Die systematische Bedrohung ethnischer und religiöser Minderheiten wie Hazara oder Christen durch physische Gewalt und Diskriminierung waren mir zwar neu, aber fügten sich nahtlos in mein Bild eines Taliban-Regimes mit dem „Ziel [der] Reinigung der Gesellschaft“ (BAMF, 2025, S.28, Z.37.) ein. Nicht zuletzt passt auch die Verfolgung von LGBTQI+-Personen gut in dieses Bild der Taliban, die Andersgläubige und Andersliebende nicht tolerieren. Folglich überraschte mich die Konsequenz, dass ein Großteil der aus Afghanistan Vertriebenen in Deutschland den Flüchtlingsstatus erhält (vgl. Pro Asyl, 2024, Z. 11-20), kaum.

An diesem Punkt endete aber mein oberflächliches Wissen bereits und meine aus der Recherche resultierende Erkenntnis möchte ich zunächst in zwei Kategorien aufteilen, eine inhaltliche eine persönlich-reflektierende. Inhaltlich neu war für mich, wie perfide die Judikative ausgetauscht wurde. So wurden Justizangestellte 2021 durch Geistliche der Taliban ersetzt, die keine säkuläre juristische Ausbildung durchlaufen haben und nun Urteile auf Grundlage einer stark subjektiven Auslegung des jeweiligen Falles fällen. Gleichzeitig wurden ehemalige Staatsanwälte inhaftiert oder ermordet, was de facto zur Auflösung die Staatsanwaltschaft bedeutet. (vgl. BAMF, 2025, S.39-40).

Gleichwohl waren mir die innenpolitischen Herausforderungen und Probleme in Afghanistan unbekannt. Hierzu zählen zum einen die Rückkehr von Afghan*innen aus dem Exil in Pakistan (vgl. BAMF, 2025, S.25, Z.13f.) und zum anderen „existentielle Bedrohungen wie Hunger, Arbeitslosigkeit und Wasserknappheit“ (Pro Asyl, 2024, Z. 9-10), was auf das gezielte Rückhalten der Grundversorgung durch das religiös autokratische Regime zurückzuführen ist. So wurde das Budget für Gesundheitskassen zwischen 2019 und 2022 um 80% reduziert (vgl. Human Rights Watch, 2025).

Im Nachhinein irritiert mich meine anfängliche Auffassung vor der Recherche, gut über die Lage in Afghanistan aufgeklärt zu sein, weil ich die Lage von außen wohl ganz gut beschreiben und die „Überschriften“ der Berichtserstattung wahrscheinlich gut nacherzählen konnte, aber gerade den Alltag der Menschen kannte ich nicht. Ich hatte das Gefühl, „einen Prototyp-Afghanen“ zu verstehen, ohne sein Leben gekannt zu haben. In Wahrheit kannte ich nur die politischen Extremfälle des Landes, die man in Maslows Bedürfnispyramide zwischen sozialen und Sicherheitsbedürfnisse einordnen könnte. Die Verwehrung der zugrundeliegenden physiologischen Bedürfnisse war mir aber nicht bekannt. Weil mein angesprochenes Bild im Kopf bereits sinnhaft und zusammenhängend war, hatte ich mir aber nicht die Mühe gemacht, eigenständig die Situation in Afghanistan zu recherchieren und meine Ansicht nie hinterfragt. Diese vorschnelle Schlussfolgerung über eine ganze Menschengruppe muss ich mir eingestehen und entspricht nicht meinem persönlichen Anspruch an meine Person und meine Meinungsbildung. Ich hoffe, künftig hierauf zurückblicken zu können und mich zu erinnern, nach einer tieferliegenden Ebene an Gründen zu suchen, auch wenn ich dafür alte Auffassung neu denken muss.

2. Welche Neuerungen plant die neue Regierung laut Koalitionsvertrag im Hinblick auf Geflüchtete? Diskutieren Sie eine Maßnahme.

Bevor auf die spezifische Maßnahme eingegangen werden soll, möchte ich zunächst einige der geplanten Maßnahmen der jungen Bundesregierung aufzählen und strukturiert ordnen. Denn die Maßnahmen lassen sich generell drei Zielen unterordnen.

Die erste Maßnahmengruppe zielt auf Begrenzung und Kontrolle ab, denn im Hinblick auf Migration will die neue Bundesregierung Anreize reduzieren, in die Sozialsysteme einzuwandern (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.92, Z.2963), das Grundrecht auf Asyl erhalten (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, vgl. S.92, Z.2960), Migration strukturieren (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.92, Z.2964 f.) und nicht zuletzt Migration begrenzen (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.92, Z.2965 f.)

Legale Wege der Zuwanderung werden in der Folge stark beschränkt. So werden freiwillige Programme beendet (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.93, Z.2972-2974), der Familiennachzug größtenteils pausiert (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.93, Z.2976-2978) und intensiver auf Migrationsabkommen gesetzt (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.93, Z.2980-2982). Des Weiteren sind Zurückweisungen an Staatsgrenzen geplant (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.93, Z.2988-2994) und andere Länder sollen vermehrt zu sichereren Herkunftsstaaten erklärt werden (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.93, Z.2996-3001). Ebenso soll das Gemeinsame Europäische Asylsystem umgesetzt werden (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.94, Z.3004f.), was effizientere Asylverfahren und verbesserten Schutz von Migranten und auch die Reduzierung von irregulärer Migration verspricht. Das Programm steht jedoch in der Kritik, weil hier wirklich die Effizienz im Vordergrund steht und befürchtet wird, dass die Rechte Geflüchteter eingeschränkt werden und der Zugang zu Asylverfahren erschwert wird.

Bei schweren Straftaten sollen Täter einfacher ausgewiesen werden dürfen (vgl. S.94, Z.3012-3022). Die Rückkehr von Abgelehnten in ihre Herkunftsstaaten soll mit Anreizen versehen werden (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.94, Z.3024-3046) und deren Leistungen in Deutschland werden weiter eingeschränkt (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.95, Z.3048f.)

Zuletzt soll ein neuer Aufenthaltstitel geschaffen werden, der seit 4 Jahren ununterbrochen in Deutschland lebenden, einen stabilen Job ausübenden Menschen, die keine Straftaten begehen zugesprochen werden soll (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.96, Z.3073-3080). Die Einbürgerung hingegen soll erst später ermöglicht werden (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.96, Z. 3095-3096).

Das zweite, deutlich kleinere Maßnahmencluster zielt auf Integration und Teilhabe von Geflüchteten.

Die neue Bundesregierung plant unter anderem, „allen verfassungsfeindlichen Bestrebungen und jedweder Gewalt mit derselben Entschlossenheit und Konsequenz entgegen [zutreten] – ob Rechtsextremismus, Islamismus, auslandsbezogenem Extremismus oder Linksextremismus“ (CDU, CSU und SPD, 2025, S.85, Z.2716-2718) und stellt somit einen umfassenden Schutz vor Gewalt in den Raum, was besonders für eine solch exponierte Gruppe wie Geflüchtete bislang fehlt. [Anm.: Dieser Bedarf wird im Laufe des Portfolios noch exakt erläutert.]

Gleichzeitig soll auch Integration von Migranten aller Altersklassen durch gezielte Förderung effektiver Initiativen gefördert werden. Im Absatz wird ausdrücklich auf das Ehrenamt gesetzt. Insbesondere frühkindliche Integration in Kitas soll Startchancen schaffen. Für ältere Menschen sind Sprachkurse vorgesehen. (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.95, Z.3051-3065) Die Wohnsitzregelung soll zum Regelfall werden und gleichzeitig sollen

Frauenrechte geschützt werden (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.95, Z.3066-3071).

Ein letzter sehr unkonkreter Punkt wird auch noch festgehalten:

„Behördenunabhängige Asylverfahrensberatung werden ergebnisoffen [...] evaluier[t]“ (CDU, CSU und SPD, 2025, S.96, Z.3095).

Die letzte Gruppe an Maßnahmen ist vielversprechend und leider bedeutsam kurz.

Asylverfahren sollen beschleunigt ,digitalisiert und zum Teil entbürokratisiert werden (vgl. CDU, CSU und SPD, 2025, S.96, Z.3083-3093), was ein großer Gewinn für die Sachbearbeiter*innen und Vertriebenen Personen werden könnte, wenn diese Idee richtig, menschenzentriert umgesetzt wird.

Zusätzlich „setzen [sich die Regierungsmitsglieder] in der EU dafür ein, radikalisierungsfördernde Algorithmen im Digital Services Act (DAS) stärker zu regulieren“ (CDU, CSU und SPD, 2025, S.85, Z.2719-2720), was zwar unkonkret, aber ein Schritt ist, der zu erhöhter Akzeptanz von Geflüchteten führen könnte und deswegen auf mehr Sicherheit in deren Alltag einzahlen könnte.

Dialektische Aufarbeitung: Ausweisung als Rechtsfolge schwerer Straftaten

Dass mit der Maßnahme hauptsächlich die öffentliche Sicherheit geschützt werden soll, ist selbstevident und hohe öffentliche Sicherheit ist zweifelsohne erstrebenswert. Ebenso sinnvoll, ist die rechtliche Klarheit und Transparenz, die eine Aufzählung von Straftaten schafft zum Beispiel gegen Leib, Leben oder die sexuelle Selbstbestimmung. Das schreckt ab und erfüllt somit die negative Generalprävention. Diese Signalwirkung der neuen Regierung kann auch das Vertrauen der Bürger in den Staatsapparat stärken, was in Anbetracht der Entwicklungen der letzten Jahre ebenso erstrebenswert wie unwahrscheinlich ist.

Die Abschiebung von Schwerststraftätern ist also grundsätzlich nachvollziehbar, aber eine Einzelfallprüfung muss gewahrt bleiben, um Härtefälle wie beispielsweise drohende Menschenrechtsverletzungen der abzuschiebenden Person im Herkunftsland zu berücksichtigen und zu verhindern. Ebenso müssen hier besonders hohe Ansprüche an die Qualität der Rechtsprechung erhoben werden, um möglichst Falschverurteilungen zu minimieren. Solch starre Ausweisungsregeln riskieren im Übrigen, ganze soziale Umfelder zu stigmatisieren, wenn sie als Freunde verurteilter Gefährder wahrgenommen werden. Dies kann das soziale Zusammenleben maßgeblich erschweren. Genauso könnten solche Ausweisungen durch Rechtsextreme politisch ausgenutzt und instrumentalisiert werden.

Es bleibt eine Betrachtung, der Effektivität der Straftatenverhinderung. Denn die Taten von Ersttätern verhindert der Vorschlag keineswegs. Sie werden nur bestraft. Im Hinblick auf die medienwirksamen Taten in Aschaffenburg, Mannheim, Magdeburg und München hätte diese Regelung wohl keine der Taten verhindern können und auch die Erfüllung anderer Strafzwecke wie positive oder negative Spezialprävention bleibt aus, denn das Problem wird nicht aus der Welt, sondern aus dem Land geschafft. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass dies dennoch kein übergriffiger oder sinnfreier Vorschlag der neuen Regierung ist, wenn er sozialverträglich umgesetzt wird. Offen bleibt -wie oft im Koalitionsvertrag- die konkrete Umsetzung, die Effektivität der Maßnahme und, ob sie dem rechten Rand eher den Wind aus den Segeln nimmt oder ihn weiter zu Hetze und Hass anheizt.

Des Weiteren bleibt festzuhalten, dass diese Kursrichtung der neuen Bundesregierung erst seit dem Anschlag auf Kinder in Aschaffenburg besteht, in dessen Konsequenz Friedrich Merz seinen „5 Punkte Plan“ vorstellte. Er änderte seine Wahlkampfstrategie zu just diesem Zeitpunkt, weil man zuvor davon ausgegangen war, dass dieses Thema die AFD befeuern würde. Nun wurde aber der wahrgenommene Druck von der Bevölkerung so groß, dass Merz sich gezwungen sah, seinen Kurs zu ändern.

Gleichwohl würde die strategische Richtung wieder geändert, wenn der Druck in eine andere Richtung wirkte. (vgl. Alexander, da liegt was in der Luft, 2025, Min. 0:00 – 29:26)

3. Diskutieren Sie, wie sich eine restriktive Migrationspolitik auf Integrationswillen und Integrationsfähigkeit auswirkt.

Friedrich Merz versprach im Wahlkampf, bereits am ersten Tag seiner Amtszeit als Bundeskanzler, in Zusammenarbeit mit dem später ernannten Innenminister Alexander Dobrindt, Zurückweisungen an den deutschen Grenzen durchzuführen. Diese restriktive Maßnahme kann als Botschaft verstanden werden, die sich unter Vertriebenen bereits in den Herkunftsländern verbreiten und bewirken soll, dass weniger Menschen versuchen, nach Deutschland zu fliehen, um einen Asylantrag zu stellen. (vgl. Alexander, Kanzler der Entschlossenheit ,2025, Min. 36:45-38:15). Im Kurs haben wir Integration eigens definiert. Teil unserer erarbeiteten Definition war auch, dass Integration ein Prozess ist, der sowohl eine integrierende als auch eine zu integrierende Partei beinhaltet. In Fällen von Wahlversprechen wie diesem, möchte ich persönlich mutmaßen, dass für die integrierende Bevölkerung eine restriktive Migrationspolitik ein Gefühl von Recht, Ordnung und Sicherheit erzeugen soll und damit auch eine Akzeptanz, die Leute, deren Asylantrag dann bewilligt wird auch besser in die Gesellschaft aufzunehmen. Weil man sich sicherer sein kann, dass die, die diesen Status zuerkannt bekommen, diesen Status auch verdient haben und sich ebenso integrieren möchten.

Für die zu Integrierenden im Land mit restriktiver Migrationspolitik schaffen solche Maßnahmen wie lange Asylverfahren, befristete Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitsverbote aber hauptsächlich Unsicherheit. Diese kann den Integrationswillen erheblich schwächen, weil die Betroffenen Ihre Zukunft nicht planen können. Durch Studien belegt ist,

dass die sowohl die sprachliche Integration als auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt zeitlich und inhaltlich mit stark dem Ausgang und der Dauer des Asylverfahrens korrelieren. (vgl. Brücker et al., 2020, S. 28)

Genauso wie bei oben angesprochenen Vertriebenen im Ausland löst eine restriktive Politik, und ihr gesellschaftliche Diskurs um diese, ein Gefühl der Ablehnung und Unerwünschtheit aus. Logisch ist, dass, wenn man sich bereits vom System abgelehnt fühlt, man weniger bereit ist, sich zu integrieren.

Für die Integrationsfähigkeit bedeuten restriktive Migrationspolitiken oft strukturelle Einschränkungen. Je weniger Menschen ein Bleiberecht erhalten, desto weniger Bewerber auf Integrationsmittel wie Hilfs- und Schulungsangebote oder ähnlichen Ressourcen kann es geben. Das wäre für die Angenommenen initial vorteilhaft, weil sie wahrscheinlicher ein besseres Integrationsangebot bekämen. Jedoch sinkt häufig in Konsequenz daraus auch der politische und finanzielle Wille, langfristige Integrationsinfrastrukturen wie Sprachkurse, psychosoziale Angebote oder interkulturelle Bildungsprogramme aufrechtzuerhalten. Damit sinkt die Fähigkeit des Aufnahmesystems, auf individuelle Bedarfe einzugehen.

Hinzu kommt, dass häufig Unsicherheit auch auf Seite der Träger*innen entsteht. Ehrenamtliche Helfer*innen, kommunale Integrationsbeauftragte oder Bildungseinrichtungen müssen mit instabiler Zielgruppenlage, kurzfristiger Projektförderung und politischem Druck arbeiten, was ihre Effektivität maßgeblich untergräbt.

Paradoxalement kann also eine zu restriktive Politik damit ihre eigenen Integrationsziele konterkarieren. Denn, wenn Integration gelingen soll, braucht es stabile Strukturen – und diese können nicht auf einer Politik der Verunsicherung aufbauen.

4. Reflektionspapier

a. Welchen Einfluss hat das Seminar auf die Wahrnehmung des öffentlichen Diskurses?

Bevor ich auf die Wirkung des Seminars eingehe, möchte ich meine Beziehung zu Nachrichten und somit einem erheblichen Teil des öffentlichen Diskurses kurz klarstellen, um eine verständliche Ausgangsbasis zu schaffen. Einerseits fühle ich mich aus meiner privilegierten Lage heraus verpflichtet, mich über Geschehnisse der Welt zu informieren. Andererseits merke ich an mir selbst, dass mir die intensive Auseinandersetzung mit tagesaktuellen Nachrichten, aufgrund der Auswahl, was berichtswürdig ist, und der Quantität sowie Frequenz der Berichtserstattung, aufs Gemüt schlägt. Deswegen versuche ich selbstregulierend immer wieder mediale Pausen zu planen und glaube, dass das Seminar dazu beitragen konnte, dass ich dieses Vorgehen für mich festigen konnte.

Denn durch das Seminar weiß nun ich umso mehr, inwiefern unsere Wortwahl unsere Realität konstruiert. Eine Wortwahl, die wir oft unhinterfragt aus den Medien übernehmen. Eine Wortwahl, über die Chefredakteure oder Politiker oft intensiv nachgedacht haben, um einen gewünschten Effekt zu erzielen. Ein Effekt, der in uns und unserer Meinung besteht.

In meinen „Medienpausen“ oder Neudeutsch: Im „digital Detox“ bin ich natürlich weiterhin ein politischer Mensch, aber das bin ich dann fokussiert auf das Private. Und dort traue ich mir zum einen die meiste Veränderung zu und verspreche mir zugleich auch den größten Einfluss. So war, mit dem Vater meiner Freundin zu eruieren, warum man denn heutzutage in manchen Kontexten nicht mehr „Geflüchtete“ sondern „Vertriebene“ verwenden möchte, für mich eines der interessantesten und zugleich gewinnbringendsten Gespräche in letzter Zeit.

Reflektierend merke ich aber in den Zeiten, in denen ich Medien, wie Podcasts, zugegeben digitale, Zeitungsartikel oder Nachrichten konsumiere

durchaus, dass ich bei manchen Worten stocke und nach einigen Artikeln zum Beispiel im Handelsblatt innehalte und kritischer hinterfrage, ob das, was im Artikel im Fokus stand, das Problem oder ausschließlich ein Teilproblem beschrieb. Und wenn es dann ausschließlich eine reduzierte Perspektive auf das Problem war, bleibt mir noch die Frage, ob das auch die ist, aus der ich das Problem sehen und verstehen möchte. Nach dem Vortrag von Herrn Winkler werde ich gerade bei Sicherheitspolitischen Fragen in Zukunft wohl öfter und länger innehalten und nach alternativen Antworten suchen, die meinen Wertvorstellungen wohl eher entsprechen.

Und zuletzt bleiben mir nach einigen Artikeln noch mehr Fragen, als mit denen ich gekommen war. Beispielsweise, warum die FAZ, ein Medium mit doch reiferer und gebildeter Leserschaft, noch immer im Jahr 2015 feststeckt und das Thema Migration bei Google unter „Flüchtlinge: Aktuelle News der FAZ zur Flüchtlingskrise“ (FAZ, 2025) listet?

Das Seminar hat meinen Blick auf den öffentlichen Diskurs also nicht nur geschärft, sondern mir auch meine langfristig favorisierte Rolle darin bewusster gemacht.

b. Beschreiben Sie eine Erkenntnis, die Sie im Kurs gewonnen haben?

Die Erkenntnis, die mich am meisten beeindruckt hat, ist die systemische Verflechtung von Anreizen für individuell rationale Akteure, die gesamtgesellschaftlich zu einer Spaltung und zu Angst vor Vertriebenen führen. Es entsteht eine komplexe Dynamik, bei der alle Beteiligten aus ihrer Perspektive rational handeln – und gerade deshalb eine gesamtgesellschaftliche Schieflage entsteht. Dieses Zusammenspiel erinnert stark an ein spieltheoretisches Nash-Gleichgewicht.

Ich werde zuerst die Rolle der Medien darstellen und anschließend die Verflechtung zur Politik aufzeigen. Als Drittes zeige ich die verstärkende Wirkung digitaler Medienplattformen und intelligenter Algorithmen und ende im gesellschaftlichen Effekt.

Denn es ist für Medien, die auf einem Markt der Presse konkurrieren sinnvoll, über die drastischsten Vorfälle zu berichten und die reißerischsten Schlagzeilen zu verwenden, um die Anzahl der Konsumenten zu maximieren. Gleichzeitig ist es für Politiker notwendig nach Anschlägen Einzelner, diese Handlungen entschieden zu verurteilen und die Bevölkerung zu beruhigen. Dass das Versprechen einer Strafe für Täter sowohl einen negativen Strafzweck erfüllt und ein initiales Gefühl der Gerechtigkeit bei der Gesellschaft auslöst, ist auch logisch konkludent und hat sich als meistgenutztes Mittel etabliert.

Diese beiden Prozesse von sensationslüsterner Pressearbeit und scharfen politischen Verurteilungen verstärken sich wechselseitig.

Gleichzeitig werden sie katalysiert durch die Nutzung des Internets, was die Verfügbarkeit von Nachrichten weltweit potenziert. Auch dass Medienunternehmen im Internet die Nutzer durch Algorithmen möglichst lange auf ihren Plattformen halten wollen, ergibt aus Sicht der Konzerne Sinn und ist deren Aufgabe im Kapitalismus. Dieser Technologieeinsatz führt aber auch dazu, dass aufgebrachten Konsumenten immer mehr ähnlicher, reißerischer Inhalt vorgeschlagen wird, der dann konsumiert wird und somit zu einem verzerrten Realitätsbild führt. Ein Bild, welches Flüchtlinge zu den tatsächlichen Fallzahlen überproportional kriminell aussehen lässt.

Jeder der beschriebenen Akteure handelt ohne Zwang, logisch, und ohne initiale politische Intentionen. Trotzdem führt diese logische Kette unweigerlich zu Ressentiments gegenüber Schutzsuchenden in Deutschland, und anderen Ländern.

Schutzsuchende, von denen natürlich einige Ausnahmefälle schwere Straftaten begehen, aber deren Großteil ein sichereres Leben führen will. Schutzsuchende die erst verzögert medienschaffend arbeiten können und

gleichzeitig solchen unbeabsichtigten oder in Kauf genommenen Seitenhieben der Presse aber systemisch überexponiert werden. Schutzsuchende über die mehr gesprochen wird, als dass mit ihnen gesprochen wird.

c. Wurden meine Erwartungen an den Kurs erfüllt?

Am Anfang des Moduls wurden wir gefragt, warum wir uns genau in dieses AW-Fach eingeschrieben hatten, und ich antwortete, dass ich verstehen will, warum die Kommunikation über Flucht und Geflüchtete in unserer Gesellschaft so abläuft, wie sie es tut.

Gerade im letzten Teil des Kurses wurde diese Frage auf eindrucksvolle Weise beantwortet – wenn auch mit einer moralisch unbefriedigenden Antwort. Für den Erkenntnisgewinn bin ich jedoch dankbar. Besonders durch die moralisch unzufriedenstellende Antwort, aber auch durch die ausführliche Beschäftigung mit dem individuellen Schicksal am Anfang des Kurses, ist mir die dahinterstehende Frage bewusst geworden: Warum ist unser gesellschaftlicher Diskurs nicht so, wie wir ihn uns wünschen würden und wie er unseren Werten entspricht: offen, fair und objektiv. Auch das war in der Antwort in Form der letzten Stunden enthalten und auch, was wir im Privaten ändern können, um dort ein unseren Werten eher entsprechendes Diskussionsklima zu schaffen, auf unsere Wortwahl und die des Gegenübers genau achten und dann empathisch und faktenbasiert miteinander reden.

Am Ende des Portfolios möchte ich festhalten, dass dieser Kurs mich verändert hat, nicht grundlegend, aber tiefgreifend. Das lässt sich gut an den beiden Fragen verdeutlichen, die mich vor und während des Kurses beschäftigten. So war die Erste rein auf Verständnis aus und von Neugier

getrieben, ein Interesse und eine Empathie für Menschen schloss sie zwar nicht aus, jedoch war sie eher kühl, rational und distanziert.

Im Kontrast dazu steht die zweite, kritischere Frage, die kritischer, und menschenzentrierter ist. Sie entstand aus dem Wissen über das System – und aus dem Unverständnis darüber, warum wir es noch nicht an unsere Zeit angepasst haben.

Ein System, in dem traumatisierte Menschen, um Schutz zu bekommen, am Ende eines langen Gesprächs möglichst exakt ihre Traumata beschreiben müssen, was per Definition so gut wie unmöglich ist.

Ein System in der Form was unserer Zeit, unserem Wissen und unserer Moral nicht mehr gerecht wird.

Ein System, an dem wir so nicht festhalten können.

Quellen:

Alexander, Robin, 2025, Machtwechsel: live - da liegt was in der Luft, Berlin [Podcast]

URL:

<https://www.welt.de/podcasts/machtwechsel/article256339868/Machtwechsel-live-da-liegt-was-in-der-Luft.html> (Zuletzt überprüft am: 04.07.2025)

Alexander, Robin, 2025, Machtwechsel: Kanzler der Entschlossenheit - wie Schwarz-Rot das Regieren angeht, Berlin [Podcast]

URL:

<https://www.welt.de/podcasts/machtwechsel/article256117334/Kanzler-der-Entschlossenheit-wie-Schwarz-Rot-das-Regieren-angeht.html> (Zuletzt überprüft am: 22.06.2025)

BAMF, 2025, Länderreport 74 Afghanistan Die Taliban: Ideologie und aktuelles politisches System, Nürnberg, URL:

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2025/laenderreport-74-Afghanistan.html?nn=403794>
(Zuletzt überprüft am: 22.06.2025)

Brücker, Herbert, 2020, Fünf Jahre „Wir schaffen das“ Eine Bilanz aus der Perspektive des Arbeitsmarktes, Nürnberg, URL:

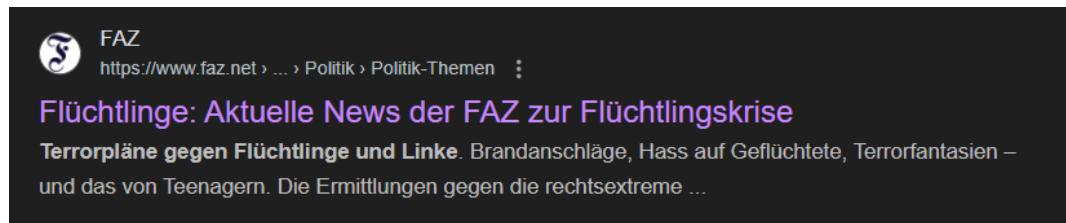
<https://doku.iab.de/forschungsbericht/2020/fb1120.pdf> (Zuletzt überprüft am: 22.06.2025)

CDU, CSU und SPD, 2025, Verantwortung für Deutschland - Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Berlin, aufrufbar unter folgender URL:

<https://www.koalitionsvertrag2025.de/> (Zuletzt überprüft am: 26.06.2025)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2025, Thema: Flüchtlinge, Frankfurt am Main
URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/thema/fluechtlinge> (zuletzt überprüft am: 30.06.2025)

Die Listung dieser Seite unter Google findet man so nicht (Diese ist nicht zitierbar)! Da hilft es zB. „News Flüchtlinge“ einzugeben und etwas zu scrollen:



The screenshot shows a dark-themed news article from the Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). At the top left is the FAZ logo, followed by the word "FAZ". Below it is the URL "https://www.faz.net". To the right of the URL is a navigation menu with "Politik" and "Politik-Themen" followed by a vertical ellipsis. The main title of the article is "Flüchtlinge: Aktuelle News der FAZ zur Flüchtlingskrise". Below the title is a brief summary: "Terrorpläne gegen Flüchtlinge und Linke. Brandanschläge, Hass auf Geflüchtete, Terrorfantasien – und das von Teenagern. Die Ermittlungen gegen die rechtsextreme ...".

Human Rights Watch, 2025, New Data Exposes Global Healthcare Funding Inequalities, New York, URL: <https://www.hrw.org/news/2025/04/10/new-data-exposes-global-healthcare-funding-inequalities> (Zuletzt überprüft am: 22.06.2025)

Pro Asyl, 2024, Schlecht und Widersprüchlich: Bescheide des Bundesamts gefährden afghanische Schutzsuchende, Frankfurt am Main, URL:
<https://www.proasyl.de/news/schlecht-und-widerspruechlich-bescheide->

[des-bundesamts-gefaehrden-afghanische-schutzsuchende/](#) (Zuletzt
überprüft am: 22.06.2025)